

Wortbeitrag zum Thema Katastrophenschutz vor Ort:

Was für uns wichtig ist, sind lange andauernde Stromausfälle, die wir aufgrund der Energiewende, die nicht so elegant und professionell wie nötig betrieben wird, befürchten. Wir sollten uns in Ruhe, aber zielgerichtet und konzentriert vorbereiten.

Eine Koordinationsstelle für diese Fälle und auch Naturkatastrophen, Extremwetter und andere kritische Lagen schlagen wir deshalb vor, weil wir fertige Notfallpläne in der Schublade haben müssen. Im Fall der Fälle haben wir keine Zeit mehr, herumzufragen, zu telefonieren oder Firmen anzuschreiben. Unsere Feuerwehr und die Bereitschaften der Feuerwehr und der Wasserwacht sind schon sehr gut ausgerüstet und haben Leute mit wertvollem Know-How und Kontakten. Wir sollten diesen Menschen die Gelegenheit geben, sich weiterzubilden, zu schulen und gemeinsam Pläne entwickeln, wie wir eine größtmögliche Versorgungssicherheit hinbekommen. Jemand muss sich auch regelmäßig mit den überregionalen Stabsstellen für Katastrophenschutz austauschen, um eine schnelle Kommunikation zu erreichen.

Dies war Thema beim 12. Bürgermeisterkongress in Magdeburg:

Außergewöhnliche Ereignisse können an jedem Ort und zu jeder Zeit auch in Deutschland auftreten. Niemand kann sich vor verkehrsbedingten Unglücken, Hochwasser oder IT-Angriffen schützen. Nicht immer müssen diese Ereignisse auch Katastrophen großen Ausmaßes sein, die sofort überregionale Reaktionen auslösen. Es kann sein, dass Sie selbst unverzüglich alleine reagieren und entsprechende Maßnahmen veranlassen müssen.

Es gibt also ein Problembeusstsein auch bei Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land.

Zum Beispiel bei längeren Stromausfällen wären diverse Fragen zu klären:

Wir müssen wissen, wo sich überall Notstromaggregate befinden und wer im Notfall recht schnell Hilfe benötigt, zum Beispiel Menschen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen (Beispiel: Absaug- oder Beatmungsgeräte müssen immer funktionieren) oder Menschen mit elektrischer Heizung und immobilen Personen im Haushalt oder Säuglingen.

Ebenso muss die Bevölkerung wissen, an wen sie sich im Notfall zu wenden hat.

07/2021